

Handelsminister Graf Serenyi und Ackerbau-  
minister Megossy reisen heute abend nach Wien, wo sie  
in wirtschaftlichen Angelegenheiten gemeinsamer Natur  
Beratungen pflegen werden.

### Baron Burian in Budapest.

Der gemeinsame Finanzminister Baron Burian ist  
gestern abend in Budapest eingetroffen und hatte heute  
vormittag mit dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle  
im Finanzministerium eine längere Besprechung.

### Ungarische Delegation.

#### Der Bericht des auswärtigen Ausschusses.

Der Bericht des auswärtigen Ausschusses der ungarischen  
Delegation über das Exposé des gemeinsamen  
Ministers des Aeußern wurde bereits fertiggestellt und ge-  
langt in der nächsten Plenarsitzung der Delegation zur  
Beratung. Der von dem Ausschusspräsidenten Ge-  
heimen Rat Dr. Albert v. Berzeviczy und dem  
Referenten Geheimen Rat Dr. Franz v. Nagy unter-  
zeichnete Bericht führt in seinen wichtigsten Stellen aus:

Es sind nunmehr dreieinhalb Jahre verstrichen, seitdem  
der hohe Ausschuss zuletzt in der Lage war, sich mit der aus-  
wärtigen Politik der Monarchie zu befassen und die Leitung  
dieser Politik einer Kritik zu unterziehen. Die Hoffnungen, die  
wir damals hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens  
und der Besserung unserer Beziehungen zu den fremden  
Mächten hegten, sind, leider, nur allzu bald zerronnen. kaum  
einen Monat nach Schluß der letzten Tagung des hohen Aus-  
schusses wurde das schreckliche Verbrechen verübt, dem der  
Anwärter des Thrones und seine erhabene Gemahlin zum  
Opfer fielen, und schon nach Ablauf eines weiteren Monats  
sahen wir uns gezwungen, Serbien den Krieg zu erklären,  
nachdem erwiesen worden war, daß die Mordtat von Sarajewo  
mit Wissen und Vorwissen der serbischen Regierung begangen  
und unserer Ultimatum wegen Strafe und wirksamer  
Garantien keine befriedigende Antwort zuteil wurde.

Aus allen amtlichen Schriftstücken sowie den sonstigen zu-  
tage getretenen Tatsachen geht klar hervor, daß unsere aus-  
wärtige Politik von allem Anfang an nur die Sicherung der  
Ehre und der Unversehrtheit der Monarchie anstrebte und es  
ihr vorwiegend fern lag, von Eroberungsgelüsten welcher Art  
immer geleitet zu werden. Der Bericht bespricht dann die  
weiteren Kriegsergebnisse, insbesondere das Ubergreifen Italiens  
und Dalmatiens und fährt dann fort:

Sobald unsere militärische Lage nach unseren ersten Siegen  
über Rumänien so weit gediehen war, bezannen zwischen den  
Verbündeten Verhandlungen zur Stellung eines Friedens-  
angebots, das noch auf Anordnung unseres im Herr-  
schenden Königs am 12. Dezember v. J. verjüngt wurde.  
Unser junger rätlicher neuer Herrscher hätte von seinem  
glorreichen Vorgänger wahrlich kein schöneres Erbe übernehmen  
können, als diese edelmütige Initiative, und der derzeitige  
Herr Minister des Aeußern hätte sich keine Aufgabe von  
größerer weltgeschichtlicher Bedeutung stellen können, als die  
Vorbereitung und Verwirklichung eines die Ehre, die Existenz  
und die Unabhängigkeit der Monarchie wahrlich erhaltenden  
Friedens, wie dies im Friedensangebot proklamiert wurde.  
Bei diesem Bestreben kann er unbedingt auf die Unterstützung  
der Delegation und der ganzen ungarischen Nation zählen,  
und die Erklärungen, die der Herr Minister des Aeußern  
über die Bedingungen und den genauen Inhalt des Friedens-  
angebotens während seines Budapestbesuches machte, als auch in  
seinem Exposé abgegeben hat, erfüllen uns mit Verwunderung  
und dem Vertrauen, daß er mit seinen großen Fähigkeiten  
und seiner unermüdbaren Tapferkeit sein weitläufiges Friedens-  
programm der Verwirklichung zuführen wird.

Wir stimmen auch den Sicherheiten zu, die der Herr  
Minister des Aeußern im Innern des vollen Ausbaues und der  
Ergänzung des Friedens angeordnet hat: dem jugendlichen,  
gleichzeitigen und gegenseitigen Aufbau der Beziehungen, den mit  
entsprechenden Garantien versehenen Vereinbarungen über die  
Freiheit der hohen See und der gleichzeitigen Einführung der  
obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Besonders Gewicht legen  
wir gleichzeitig darauf, daß der Handelsvertrag zwischen den  
Nationen von allen Einschränkungen und mutwilligen Störungen  
befreit werde, die seine freie Entwicklung hemmen und die  
gegenseitige Befruchtung der Bedürfnisse des wirtschaftlichen  
Lebens lähmen. Die Beendigung des Krieges bedeutet nicht nur  
die Einstellung des Waffenganges, sondern auch das Ausgehen  
des Wirtschaftsrieges, und dies ist um so wichtiger, je mehr  
unsere Feinde bereit waren, uns wirtschaftlich in unseren mate-  
riellen Gütern zu schädigen, uns das Leben, das Wirtschaften  
unmöglich zu machen.

Es versteht sich von selbst, und auch darin stimmen wir mit  
dem Herrn Minister des Aeußern überein, daß wir, indem  
wir zu den feindlichen Staaten wieder in ein normales wirt-  
schaftliches Verhältnis zu treten wünschen, damit der Aus-  
gleich und die Beseitigung der ungleichen wirtschaftlichen Ver-  
hältnisse nicht einengen wollen, die sich zwischen uns und unseren  
treuen Verbündeten entwickelt hat. Im Gegenteil: die  
engen Handelsbeziehungen und das kameradschaftliche Empfinden,  
denen wir unsere glänzenden kriegerischen Erfolge verdanken,  
führen naturgemäß zu dem Verlangen, daß wir auch nach dem  
Kriege in der Interessengemeinschaft bleiben, die eine Bedingung  
der Wohlfahrt, des Fortschritts und der Kräftigung unserer  
Völker bildet. Wir können von den durch den Krieg verursachten Ver-  
wundungen nur gefunden, wenn wir Hand in Hand mit unseren  
Verbündeten, einander unterstützend und ergänzend, unsere  
materiellen Interessen pflegen, was aber nicht ausschließt, daß  
wir auch zu unseren derzeitigen Feinden wieder in ein Verhältnis  
treten, das die wirtschaftliche und kulturelle Solidarität der  
Nationen zum Ausdruck bringt und sichert.

Nun sind wir aber an dem ersehnten Wendepunkt an-  
gekommen, daß wir, indem wir im Einvernehmen mit dem Herrn  
Minister des Aeußern unsere Bereitschaft zu einem ehren-  
vollen Frieden aussprechen, uns nicht nur darüber zu äußern  
haben, welcher Art der Friede sein soll, den wir wollen,  
sondern daß wir auch die beglückende Gefühle auslösende  
Mitteilung erhalten haben, daß der mächtige Gegner, der  
unsere Existenz hauptsächlich bedrohte, Rußland, tatsächlich  
schon Verhandlungen wegen eines den Frieden vorbereitenden  
Waffenstillstandes begonnen hat. Wahrlich, die Delegation hätte  
nicht unter schöneren Auspizien zusammentreten können, als  
unter dem Eindruck dieser hohen Botschaft, und wir sprechen  
dem Herrn Minister des Aeußern unsere aufrichtigen Glück-  
wünsche aus, daß es vergönnt war, sein fürwahr ideales  
Friedensprogramm der Delegation bereits im Anfangsstadium  
der Verwirklichung unterbreiten zu dürfen. Da die nach der  
Niederwerfung des zaristischen Regimes gebildete provisorische  
russische Regierung am 11. April l. J. feierlich erklärt hat,  
daß das freie Rußland nicht das Ziel verfolge, andere Völker  
zu unterjochen, sie ihres nationalen Erbes zu berauben und

vide Gebiete gewaltsam zu besetzen, und da dieser Stand-  
punkt durch die späteren Vertreter der russischen Macht und  
durch die derzeitige Regierung unverändert beibehalten  
worden ist, so erscheint die auch mit unserem Standpunkt  
übereinstimmende gemeinsame Basis gegeben, auf der die  
Friedensverhandlungen mit der russischen Regierung mit Er-  
folg geführt werden können, und wir dürfen daher mit Recht  
hoffen, daß der Friede mit Rußland auf dieser Grundlage  
in zustande kommen wird.

Der Friedensschluß mit Rußland kann auch dadurch nicht  
hindert werden, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland  
von ihnen besetzte Königreich Polen mit Entschließung  
der Souveräne vom 5. November vorigen Jahres zu einem  
ständigen verfassungsmäßigen Staat proklamiert und da-  
nach aus dem tatsächlichen Besitzstande des russischen Reiches  
ein großes Gebiet ausgegliedert haben. Dieser Entschluß von  
historischer Bedeutung steht in keinem Widerspruch zu unserer  
Bedenken und kann dessen Anerkennung seitens der russi-  
schen Regierung um so weniger abgelehnt werden, je mehr die-  
se dem von den Vertretern der russischen Macht wiederholt  
als Prinzip aufgestellten Selbstbestimmungsrecht der Völker  
entspricht. In Übereinstimmung mit den im Reichstage sowohl  
seits der Regierung als auch von Seiten der Häuser erlittenen  
Erklärungen begrüßt der zur Verhandlung der gemein-  
samen Angelegenheiten entsandene Ausschuss des ungarischen  
Reichstages mit größter Freude und Sympathie die Wieder-  
herstellung des selbständigen Königreiches Polen in  
der Überzeugung, daß die brüderlichen Beziehungen  
auch welche die ungarische und die polnische  
Nation in der Vergangenheit miteinander verknüpft  
waren, auch mit dem zum neuen Leben erwachten König-  
reiche wieder aufleben und einer ungestörten gegenseitigen Pflege  
erden teilhaftig werden. Selbstredend stellen wir das Ver-  
langen, daß die Ergreifung des neuen selbständigen König-  
reiches Polen in einer Weise durchgeführt werde, daß hieraus  
keine nachteiligen Rückwirkungen für die Konsistenz der Mon-  
archie und für jenes dualistische Paritätsverhältnis entstehen,  
welches ihr gerade im gegenwärtigen Kriege erprobtes Fundament  
bildet.

Bereits nach Unterbreitung des Exposés des Herrn  
Ministers des Aeußern kam dem Ausschusse die Nachricht zu,  
wonach sich auch die rumänische Armeeleitung bemüht  
hat, sich dem russischen Waffenstillstandsangebot anzuschließen,  
was eine natürliche Folge dieses letzteren ist und einen  
weiteren wichtigen Schritt nicht nur zum partiellen, sondern  
auch zu dem von uns allen gewünschten allgemeinen Frieden  
darstellt. Bedauerlicherweise erachten die feindlichen West-  
mächte noch immer nicht die Zeit für gekommen, um dem  
wertlosen Menschenmorden ein Ziel zu setzen. Die von uns  
in Vereine mit unseren Verbündeten ihnen entgegengebrachte  
Friedenshand weisen sie brutal zurück. Den auf die Ein-  
berufung der Konferenz abzielenden Vorschlag des Präsidenten  
der schon infolge ihrer ungenügenden Leistungen unter  
unserer Feinde getretenen Vereinigten Staaten von  
Amerika haben sie in hochmütiger Weise mit dem Prinzip  
der Bestrafung, Wiederherstellung und Garantien" und mit  
gewohnter Heuchelei mit der Anerkennung des Nationalitäts-  
prinzips" und der Forderung der Freiheit der kleinen  
Nationen" beantwortet. Den von erlagenen Meinungen  
getragenen, auf die Grundlagen des Rechtes und  
der Moral aufgebauten Friedensappell des Papstes,  
auf welchen unser geliebter König mit der er-  
strebenden Verehrung eines Sohnes den Widerhall gab,  
liefern sie bis heute noch unbeantwortet. Mit schäumen-  
der Wut wenden sie sich gegen die auch in ihren eigenen Ländern  
immer mehr um sich greifenden Friedensbewegungen und  
brüsten sich unablässig damit, die Waffen nicht früher nieder-  
legen zu wollen, bis sie nicht einen vollen Sieg über uns er-  
rungen haben. Nach der Vertreibung und Niederwerfung der  
italienischen Armeen und nach dem Fiasko des versuchten  
Durchbruches der deutschen Westfront ist es nunmehr wohl nur  
die amerikanische Hilfe, auf die sie ihre schwindenden Hoff-  
nungen bauen. Aber auch hierin werden sie sich sich selbst  
täuschen. Schon diese Haltung beweist am besten, wer der  
angreifende und eroberungssüchtige Teil war, auch hätten wir  
nicht schon aus den veröffentlichten Geheimverträgen gewußt,  
im Interesse welcher weitgehenderer wahnwitziger Ziele sie sich  
gegen uns verbündet haben. Wenn sie nun den auf gemein-  
samer Verständigung beruhenden, von uns wiederholt an-  
gebotenen Frieden noch immer nicht wollen, so bleibt für uns  
tatsächlich nichts anderes übrig, als unsere Feinde zum Frieden  
zu zwingen. Wie schwer es uns auch fällt, daran zu denken,  
daß der Krieg noch fortgesetzt werden muß, und wie groß  
auch die Menschen- und Vermögensopfer sein mögen, die wir  
noch zu bringen haben, keine Friedenssehnsucht kann so weit  
gehen, daß wir früher die Waffen aus der Hand geben, bevor  
unsere Gegner sich zur Schließung eines ehrlichen Friedens  
bereit erklären. Diesen Schlußaktord des Exposés des  
Ministers des Aeußern müssen wir also auch unjenseits an-  
nehmen und wir billigen ihn nicht als Drohung und nicht  
als übermäßige Herausforderung, sondern einfach als eine  
Erklärung, die eine selbstbewußte Krönung unserer über-  
menschlichen Kämpfe, unseres aufopfernden Ausharrens und  
unsere glänzenden Siege darstellt. Selbstverständlich findet  
auch jene Erklärung des Herrn Ministers des Aeußern unsere  
vollste Zustimmung, wonach diejenigen, deren Machtgelüste  
die weiteren Leiden verursachen, die Folgen ihres Vorgehens  
tragen und eine angemessene Entschädigung für die uns auf-  
gezwungenen neuerlichen Opfer bieten müssen. Ohne diese  
könnten unsere Feinde den Krieg ohne jedes Risiko fortsetzen,  
was ein Verstoß gegen die primitivsten Forderungen der  
Gerechtigkeit wäre.

Indem nun der auswärtige Ausschuss der hohen Delegation  
den Antrag unterbreitet, das Exposé des Herrn Ministers des  
Aeußern zur zustimmenden Kenntnis nehmen und für seine in  
diesen schwierigen Zeiten befolgte und fernerhin zu befolgende  
auswärtige Politik und namentlich für seine Tätigkeit um die  
Vorbereitung des Friedens die Anerkennung und das  
Vertrauen auszudrücken zu wollen, sprechen wir gleichzeitig  
unsern Befriedigung aus über die auf eine unmittelbar nach der  
Unterbreitung des Exposés an ihn gerichtete Anfrage bezüglich  
des von den feindlichen Mächten wiederholt aufgeworfenen  
Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten" abgegebene Erklärung des Herrn Ministers des  
Aeußern. Der auswärtige Ausschuss wies einmütig und mit  
größter Entrüstung jeden, von welcher Seite immer kommende  
Versuch zurück, der, das Schlagwort des Selbstbestimmungs-  
rechtes mißbrauchend, sei es beim Friedensschluß, sei es bei  
sonstiger Gelegenheit auf die weitere Gestaltung der inneren  
Verhältnisse Oesterreichs und Ungarns und namentlich auf die-  
jenige der polnischen Lage der verschiedenen Nationalitäten  
irgendeiner fremden Macht einen Einfluß einzuräumen oder fordern  
wollte. Der auswärtige Ausschuss legt entschieden Verwahrung  
habegeben ein, daß Fragen dieser Art in den Rahmen der  
Friedensverhandlungen einbezogen werden und die Monarchie